

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	19
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	149/2023
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	24.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Sorg (Stabsstelle Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Zirkuläre Bioökonomiestrategie für die Landeshauptstadt Stuttgart		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 06.03.2023, GRDRs 149/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Projekt "Zirkuläre Bioökonomiestrategie der Landeshauptstadt Stuttgart" mit einem Gesamtaufwand von 153.703,61 EUR im Jahr 2023 und 98.011,39 EUR im Jahr 2024 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, ab sofort und befristet bis 31.08.2024 Personal im Umfang von bis zu 1,0 VZK in EG 13 außerhalb des Stellenplans zu beschäftigen.
3. Die Aufwendungen werden im THH 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Grundsatzreferat Klimaschutz, Mobilität und Wohnen, Kontengruppen 42510 - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 400 - Personalaufwendungen finanziert. Die Finanzierung erfolgt aus der 100-%-Förderung des Landesförderprogramms "Kommunale Bioökonomie - Bioökonomiestrategien für urbane Räume" des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Sorg (Stabsstelle Klimaschutz) betont, in der heutigen Sitzung dürfe er das erste Mal berichten, da er erst seit Oktober letzten Jahres der Koordinator der Kreislaufwirtschaft der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) sei, welches bei der Stabsstelle Klimaschutz angesiedelt sei. Seine Stelle sei in den letzten Doppelhaushaltsplanberatungen vom Gemeinderat beschlossen worden.

Durch den ausführlichen Vortrag von Herrn Sorg seien die Fragen ihrer Fraktion bereits beantwortet worden, betont StRin Münch (90/GRÜNE). Dabei sei es vor allem um die Prüfung bioökonomischer Ansätze von Kohlenstoffsenken im urbanen Raum gegangen. Dies umfasse u. a. die erstmalige Bindung von CO₂ im urbanen Raum, wobei ihre Fraktion ein umfassendes Interesse am urbanen Grün habe. Sie äußert ihr Lob dahingehend, dass bei den lediglich vier vom Land bewilligten Förderprogrammen eines davon aus der LHS stamme. Dies stelle eine besondere Auszeichnung dar und zeige die Sorgfältigkeit, mit der die Verwaltung in der Antragsvorbereitung gearbeitet habe.

StR Currle (CDU) bewertet die Berücksichtigung der Kreislaufwirtschaft als sehr positiv, da somit nicht lediglich die Abfallwirtschaft betrachtet werde. Dabei sei die Aufteilung in den technischen und den biologischen Kreislauf zu begrüßen. Falls Gegenstände wie ein Laptop oder ein Fahrrad defekt seien und repariert werden könnten, sei dies ein großer Erfolg, da somit Rohstoffe eingespart werden könnten. Bezüglich des biologischen Kreislaufes sei in der Präsentation der Aspekt des Abwassers aufgeführt worden, was aufgrund des Klimawandels und des Wassermangels ein wichtiger Aspekt darstelle. Im Bereich des Trinkwassers finde ein großzügiger Verbrauch statt. Auf die Frage des Stadtrats, ob für den Bereich des Abwassers bereits konkrete Vorstellungen bestünden, betont Herr Sorg, es bestünden u. a. Überlegungen und Forschungsansätze, mit dem Abwasser eine Art Brennstoffzelle zu betreiben. Ebenso könne mit dem Abwasser der Klärschlamm über eine Pyrolyse aufgewertet und als Aktivkohle eingesetzt werden. Grundsätzlich solle das Abwasser der LHS behandelt werden, da es Nährstoffe enthalte. Besonders in trockenen Sommern und bei Wassermangel könne das Wasser mit Düngefunktion verwendet werden, wobei gewisse Schadstoffe ausgeschleust werden müssten.

Die Aussagen von StRin Münch finden die Zustimmung von StR Dr. Jantzer (SPD). Es sei zu begrüßen, mit Herrn Sorg eine feste Stelle geschaffen und besetzt zu haben, und nicht lediglich ein befristetes Projekt durchzuführen. Aus der Strategie sollten Maßnahmen abgeleitet werden, die die Stadt weiterbringen sollten. Herr Sorg betont, nach einem ersten Aufschlag in der heutigen Sitzung würde eine gesamtheitliche Kreislaufwirtschaftsstrategie erarbeitet. Dabei gehe es um die Entwicklung konkreter Maßnahmen, die umgesetzt werden müssten.

StR Gottfried (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, das Thema Kreislaufwirtschaft sei neben dem Klimaschutz für Umwelt und Nachhaltigkeit sehr wichtig. Zudem stelle es ein Gerechtigkeits Thema dar, da bedauerlicherweise zahlreiche Themen, wie der Bereich der Abfallwirtschaft, auf andere Länder abgeschoben würden. Das bestehende Wirtschaftssystem unterliege einem Wachstumszwang und es liege sogar eine legale geplante Obsoleszenz vor, was für einen Widerspruch der Kreislauf-

wirtschaft spreche. Auf seine Frage, warum die Personalstelle nicht unbefristet geschaffen worden sei, betont Herr Sorg, mit dem Einverständnis der Fördergeldmittelgeber könne diese Stelle auch ohne Befristung eingestellt werden. Zunächst handle es sich jedoch um ein befristetes Projekt, nach dessen Ablauf entsprechende Möglichkeiten einer Verlängerung geprüft werden könnten.

Es sei begrüßenswert, so StR Ozasek (PULS), in welcher Art Herr Sorg - wie von ihm vorgestellt - in der LHS zukünftig wirken werde. Nun bestehe für die Stadt ein erster Teilbaustein einer gesamthaften von seiner Fraktionsgemeinschaft gewünschten Kreislaufwirtschaftsstrategie, da sie wegweisend für eine global gerechtigkeitsfähige Ökonomie sei. Diese Ökonomie durchbreche den Stoffstrom in die Deponien und die Müllverbrennungsanlagen und lasse Wertstoffe in technischen Nährstoffkreisläufen zirkulieren. Diese Tatsache sei wegweisend, was neben allen großen Strategiepapieren ebenso von der Europäischen Union ausgesagt werde. Allerdings sei der Weg von der linearen Ökonomie zur zirkulären Ökonomie sehr weit. Die Planstelle von Herrn Sorg sei auf Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft geschaffen worden, so StR Ozasek. Er erkundigt sich, ob eine Verbindung mit der Wirtschaftsfördergesellschaft "BioRegio STERN" bestehe, um im Bereich der Bioökonomie eine Anwendungsorientierung herzustellen. Hier bestünden zahlreiche Anwendungsfelder, wie beispielsweise Biokomposite bei zirkulären modularen Bausystemen in der Bauwirtschaft. Es sei zu wünschen, dass hier ein enger Link entstehen und ein Wirtschaftsentwicklungsmodell bzw. ein Wirtschaftsförderprogramm auf die Bioökonomiestrategie aufgesetzt werden könne. Ebenso gehe es um die Pflanzenkohle (Terra preta) und die Inwertsetzung der Stuttgarter Böden als natürliche Kohlenstoffsinken. In diesem Bereich wünsche sich seine Fraktionsgemeinschaft mehr Aktivitäten im Sinne einer ökologischen Landbau- und Kohlenstoffspeicherstrategie, was bislang noch nicht politisch mehrheitsfähig gewesen sei. Er hoffe, dass die Bioökonomiestrategie der Verwaltung Anlass zu einer fundierten Diskussion führe. Herr Sorg betont, die "BioRegio STERN" sei einer der Bioökonomieakteure, welche spätestens bei der Akteursanalyse auf die Liste mitaufgenommen und beteiligt würde.

In Hinblick auf biologische Abfälle sei es sehr schwierig, diese in der Stadt kostenneutral unterzubringen, so StR Zaiß (FW). Dies betreffe insbesondere bei Baumschnitten Äste in großen Mengen, deren Transport nahezu unmöglich sei. Falls der Transport in großen Fahrzeugen an die Deponie erfolge, werde dort oftmals eine Gewerbetätigkeit unterstellt und somit eine Anlieferung untersagt. Im Weinbau werde dagegen das gesamte Schnittgut gehäckselt, was berücksichtigt werden müsse. Allerdings müssten bei Rodungen die dicken Stämme ebenso dem Kreislauf zugeführt werden. Da dieses bislang noch nicht möglich sei, stelle dieser Sachverhalt eine konkrete Aufgabe dar.

Herr Sorg betont, das Thema Pflanzenkohle stelle ein strittiges Thema dar. Die Stadt befinde sich vor dem Start erster Pyrolyseversuche mit Grünschnitt. Es solle untersucht werden, wie in der Kreislaufwirtschaftshierarchie kaskadenhaft die unterschiedlichsten biogenen Stoffströme genutzt werden könnten. Hierbei stehe die stoffliche Nutzung an erster Stelle und des Weiteren könne eine Pyrolyse oder eine energetische Nutzung als Ultima Ratio in Betracht gezogen werden. Das Umweltministerium vertrete in diesem Zusammenhang eine klare Meinung und die Stadt wolle analog mit dem Ministerium das Projekt durchführen.

In Bezug auf das Thema Klärschlamm habe ein Institut der Uni Tübingen in den 1980er-Jahren ein Projekt entwickelt, in dem aus Klärschlamm Öl gewonnen worden sei. Mit

Hilfe einer Anlage wie einer Art Modelleisenbahn seien aus einer Tonne getrocknetem Klärschlamm 30 Liter Öl erzeugt worden. Dabei habe sich das Verfahren selber mit Energie versorgt, und schlussendlich seien 20 Kilogramm Asche übrig gewesen. Das Verfahren sei aus dem Grund nicht vorangetrieben worden, da damals der Preis für einen Liter Öl lediglich 6 oder 7 Pfennig gekostet habe. Der Stadtrat schlägt vor, die Unterlagen des damaligen Projekts einzusehen.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist auf die Befristung des Projekts hin. Bei der wissenschaftlichen Personalstelle handle es sich ebenso um eine zweijährige Befristung in Entgeltstufe 13. Vor dem Hintergrund der Personalgewinnung sei es notwendig, diese Stelle unbefristet auszuscheiden, da das Projekt nach zwei Jahren nicht abgeschlossen sei. Die Entfristung der Personalstelle müsse in den nächsten Haushaltsplanberatungen bzw. in den nächsten Stellenplan eingestellt werden. Dieses Vorgehen solle in der heutigen Sitzung beschlossen werden. Der Stadtrat solle diesen Vorschlag in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) anbringen, schlägt BM Pätzold vor. Dies sei der geeignete Ausschuss, da die Referate AKR und WFB anwesend seien. Die Vorlage werde am 29.03.2023 im VA behandelt. Inhaltlich könne er das Anliegen von StR Rockenbauch zwar unterstützen, allerdings sei für dieses Personalthema und die hiermit verbundenen finanziellen Mittel der VA der geeignete Ausschuss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold im Rahmen der Vorbereitung fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Stabsstelle Klimaschutz
Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. Referat T
AWS (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand